

Offenes Ohr für Positionen des DPB

Joachim Koza und Marius Grosser besuchen die Gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU Bundestagsfraktion

Im vergangenen Jahr hatte der Vorstand des Deutschen Psoriasis Bundes e.V. (DPB) das Positionspapier des Vereins überarbeitet und es – verbunden mit einer Einladung zum Gespräch – unter anderem auch an die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages verschickt. Karin Maag, Mitglied des Deutschen Bundestages und Gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nahm das Gesprächsangebot an und lud zum Austausch in ihr Berliner Abgeordnetenbüro ein. Der DPB-Vorsitzende Joachim Koza und der DPB-Geschäftsführer Marius Grosser sprachen mit der Gesundheitspolitikerin über das Positionspapier und weitere gesundheitspolitische Themen.

Ein wichtiger Punkt dabei war eine Veränderung bei der Selbsthilfeförderung durch die gesetzlichen Krankenkassen, die zum 1. Januar 2020 in Kraft getreten war: Bislang wurden die insgesamt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel aus der Selbsthilfeförderung zu 50 Prozent über die „Pauschalförderung“ und zu 50 Prozent über die „Projektförderung“

an Selbsthilfeorganisationen und -gruppen verteilt – seit Anfang des Jahres werden nunmehr 70 Prozent über die Pauschal- und 30

Karin Maag, Gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU Bundestagsfraktion, lud DPB-Vertreter nach Berlin ein.



Prozent über die Projektförderung ausgeschüttet. Für den DPB hat diese Verschiebung der Förderanteile zur Folge, dass er keine Projekt-Fördermittel mehr für die Durchführung seiner etablierten und bewährten Workshops und Seminare beantragen konnte, sondern diese Veranstaltungen alle im Rahmen der Pauschalförderung beantragen musste. Da jedoch die pauschale Förderung für den DPB im Jahr 2020 nicht annähernd in dem Maße gestiegen ist, wie es für die Durchführung dieser altbewährten Workshops und Seminare erforderlich gewesen wäre, konnte die Finanzierung für einige bereits geplante Veranstaltungen in diesem Jahr nicht gesichert werden. Die Bundestagsabgeordnete Maag zeigte

sich sehr interessiert an dieser schwierigen Situation, weil mit der Änderung der Förderanteile eigentlich eine Stärkung der Selbsthilfe beabsichtigt worden war. Dass durch diese Gesetzesänderung seit langem bestehende, äußerst beliebte und erfolgreiche Selbsthilfe-Angebote gefährdet werden, stimmte die Gesundheitspolitikerin sehr nachdenklich. Ebenfalls interessiert zeigte sich die Abgeordnete an der Position des DPB zum Austausch von Biologika und Biosimilars. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) trifft derzeit Regelungen, wann Biologika gegen ihre kostengünstigeren Biosimilars – aber auch Biosimilars gegen kostengünstigere Biosimilars – ausgetauscht werden müssen. Aktuell legt der G-BA Regelungen für den Austausch durch Ärztinnen und Ärzte fest. In einem zweiten Schritt soll er dann aber auch Regelungen für einen automatischen Austausch in der Apotheke treffen. Es steht zu befürchten, dass Patientinnen

und Patienten gegebenenfalls alle paar Monate ein anderes Biosimilar erhalten. Häufige Wechsel zwischen den Biosimilars können jedoch die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Unverträglichkeiten und gegebenenfalls auch unerwünschte immunologische Reaktionen – also das Immunwerden gegenüber dem Wirkstoff – auftreten. Mit Blick auf den geplanten automatischen Austausch in der Apotheke ist besonders kritisch zu sehen, dass die behandelnden Ärztinnen und Ärzte über den konkreten Austausch nicht informiert würden – sie wüssten also gar nicht, welches Arzneimittel ihren Patientinnen und Patienten letztlich ausgehändigt würde. Hier entstünde nach Auffassung des DPB ein gravierendes Gefährdungspotenzial für die Patientinnen und Patienten (siehe hierzu auch PSO Magazin 1-2020, S. 8-9). Die Bedenken des DPB konnte die Gesundheitspolitikerin Maag sehr gut nachvollziehen: Dass Patientinnen und Patienten gegebenenfalls alle paar Monate ein anderes Biosimilar erhalten, sei nicht die Intention des Gesetzgebers gewesen. Sie sagte zu, sich des Themas anzunehmen.

Ein weiterer Punkt, den Koza und Grosser ansprachen, betraf den normalen Mehrwertsteuersatz von 19 (aktuell 16) Prozent auf verordnungspflichtige Medikamente. Es könne doch nicht sein, dass beispielsweise Brot, Butter und Zeitschriften als lebensnotwendige Güter angesehen werden und damit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben (aktuell fünf) Prozent unterliegen – und dass verschreibungspflichtige Medikamente aber nicht in diese Kategorie fielen, argumentierte der DPB-Vorsitzende Koza.

Erfreut zeigten sich die beiden DPB-Vertreter über die geplante Verdopp-

lung des steuerlichen Pauschbetrages für Menschen mit Behinderungen nach § 33b Einkommensteuergesetz und die beabsichtigten Vereinfachungen bei der Antragstellung. Die Anhebung des Pauschbetrages ist seit langem eine Forderung im DPB-Positionspapier. Sie hofften sehr, diese Forderung dann bald als erledigt aus dem Papier streichen zu können, bestärkten Koza und Grosser die Abgeordnete Maag darin, an dem Gesetzesvorhaben festzuhalten.

Dass die Gesundheitspolitikerin Maag – gerade auch in diesen Corona-bedingt turbulenten Zeiten – ein offenes Ohr für die Anliegen des DPB hatte, wuss-

ten Koza und Grosser sehr zu schätzen. Sie bedankten sich sehr herzlich für den Gesprächstermin und den offenen, konstruktiven Austausch. ■